

**PARTEI DES
FORTSCHRITTS
PDF**

Wahlprogramm der Partei des Fortschritts (PdF)
Landtagswahl 2026
Baden-Württemberg
Stand 10.02.26

Wahlprogramm der Partei des Fortschritts (PdF) zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2026

Inhaltsverzeichnis:

Präambel	3
Wirtschaft und Finanzen	4
Arbeit, Beschäftigung	7
Wohnungsbau und Mieten (Bau- und Wohnungswesen)	7
Sicherheit	9
Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie, Transparenz	10
Integration und Migration	12
Bildung, Kultur, Medien, Forschung	13
Soziales und Familie	17
Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik	19
Umwelt, Klima, Energie	21
Digitales und Digitalisierung	23
Infrastruktur, Verkehr und Regionalentwicklung	25
Landwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft	28
Europäische Union und europäische Zusammenarbeit	29
Schlusswort	29

Präambel

Die Partei des Fortschritts setzt sich für eine neue Art der Politik ein. Wir wollen die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts nutzen, um der Bevölkerung eine nachhaltige und selbstbestimmte Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen.

Dabei ist eine Reihe von Prinzipien von zentraler Bedeutung:

- **Teilhabe:**

Wir setzen uns für eine partizipatorische Demokratie ein, in der jeder unabhängig von einer Parteimitgliedschaft aktiv an der politischen Gestaltung mitwirken kann. Wir lehnen die Dominanz Weniger, sei es in der Politik oder der Wirtschaft, entschieden ab. Unser Ziel ist es, die begrenzte Einflussnahme bei Wahlen in eine kontinuierliche und gestaltende Kraft der Bevölkerung zu verwandeln. Durch den Einsatz digitaler Technologien erleichtern wir den Zugang zu politischen Prozessen und senken somit die Beteiligungsschwelle. Basisdemokratische Elemente in unserer Partei ermöglichen es den politisch Interessierten unmittelbar an der politischen Willensbildung teilzuhaben.

- **Gemeinschaft:**

Unsere Politik ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet, ohne einzelne Interessensgruppen zu bevorzugen. Vorurteilsfrei und ideologiefrei fördern wir ein Miteinander, welches den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stärkt. Wir verstehen uns dabei als Brückenbauer. Klare demokratische Spielregeln bilden die Grundlage für diesen Dialog.

- **Ideen:**

Pragmatismus steht für uns an erster Stelle. Wir sind stets auf der Suche nach Ideen, die unser Leben verbessern. Wir sind offen für Veränderungen und scheuen uns nicht vor innovativen Lösungen. Dabei reflektieren wir den Status quo stets kritisch und lehnen es ab, an veralteten Ansätzen festzuhalten, wenn diese den Fortschritt behindern.

- **Wissen:**

Bei der Entwicklung unserer Inhalte stützen wir uns auf anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse, sowie auf die Perspektiven der Bevölkerung – insbesondere jene, die von einem Thema betroffen sind – und von Fachleuten. Durch die Verbindung dieser Elemente in einem Prozess, der nicht durch vorgegebene Sichtweisen verzerrt wird, entstehen fundierte Positionen. Wir sehen Bildung als Grundlage dieses Prozesses und informierter Entscheidungen im Allgemeinen. Die politische Bildung ist dabei Kernaufgabe der Parteiarbeit.

- **Grundwerte:**

Wir bekennen uns ausdrücklich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und setzen uns aktiv für deren Erhalt und Stärkung ein. Fortschritt, Transparenz, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns nicht nur Schlagworte, sondern zentrale Leitprinzipien, die unser politisches Handeln prägen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie der entschlossene Widerstand gegen jegliche Form von spaltendem Populismus und Radikalisierung bilden das Herzstück unseres Engagements. Wir wollen der breiten Bevölkerung die Möglichkeit geben Probleme in der Politik zu benennen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Die Umsetzung dieser Lösungen ist der Fortschritt für den wir als Partei eintreten.

Wirtschaft und Finanzen

Kurzfassung

Baden-Württemberg ist ein bedeutsames wirtschaftliches Zentrum Deutschlands – getragen von Mittelstand, Handwerk und Innovation. Die Partei des Fortschritts setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmergeist stärkt, Bürokratie abbaut und Zukunftstechnologien fördert. Wir verbinden Marktfreiheit mit sozialer Verantwortung, Digitalisierung mit Nachhaltigkeit und schaffen faire Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand.

Mittelstand und Handwerk stärken

- Bürokratieabbau für KMU: Abschaffung überflüssiger Vorschriften, digitale Formulare, einheitliche Fristen und planbare Verfahren.
- Regelmäßige Evaluierung von Gesetzen: Jedes Landesgesetz und dessen Umsetzung wird alle fünf Jahre auf Nutzen und Notwendigkeit geprüft.
- Gezielte Förderprogramme für das Handwerk, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Energieeffizienz und Nachwuchsgewinnung.
- Stärkung der dualen Ausbildung und Imagekampagne „Handwerk ist Hightech“.
- Landesweites Kompetenznetzwerk für kleine Betriebe, die digitale Lösungen implementieren wollen.
- Anwerbung von ausländischen Fachkräften in Mangelberufen.

Der Mittelstand ist das Herz der Baden-Württembergischen Wirtschaft. Doch er leidet zunehmend unter Bürokratie und Fachkräftemangel. Durch Entlastung, Digitalisierung, Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Mangelberufen und gezielte Förderung schaffen wir die Voraussetzungen, dass Betriebe wachsen und Arbeitsplätze gesichert werden.

Unternehmensgründungen und Start-Ups fördern

- Unternehmensgründungen und Start-Ups fördern.
- Einrichtung einer digitalen „One-Stop-Shop“-Plattform für Unternehmensgründungen: alle Genehmigungen, Anträge und Ansprechpartner zentral und digital.
- Transparenzbericht Start-Ups BW: Veröffentlichung von Zahlen zu Neugründungen, Überlebensquote und Fördermitteln.
- Ausweitung der Förderprogramme auch auf klassische Branchen (z. B. Handwerk, Produktion, Landwirtschaft).
- Förderung von Gründungen in strukturschwachen Regionen durch vergünstigte Darlehen und Beratungsangebote.
- Engere Zusammenarbeit der Hochschulen des Landes mit privaten Unternehmen.

Baden-Württemberg hat das Potenzial, das „Estland Deutschlands“ zu werden: Digital, schnell, unternehmensfreundlich. Start-Ups und Gründer müssen sich auf klare Prozesse verlassen können – weniger Papier, mehr Fortschritt. Gerade hoch innovative Produktideen wurden in der Vergangenheit zu selten in marktreife Produkte umgesetzt. Diesbezüglich befürworten wir eine engere Zusammenarbeit von Ausbildungsstätten und Unternehmen.

Nachhaltige Wirtschaft und Kreislaufdenken

- Einführung eines „Reparaturbonus BW“ nach österreichischem Vorbild:

- Bis zu 50 % der Reparaturkosten, mit einem Maximalbetrag pro Maßnahme.
- Gilt für Fahrräder, E-Bikes, Haushalts- und Unterhaltungselektronik.
- Förderung über einen Landesnachhaltigkeitsfonds.
- Aufbau eines Netzwerks „Reparatur-Partner BW“: zertifizierte Betriebe, transparente Preise, Online-Plattform mit Antragssystem.
- Ökologische Modernisierung durch steuerliche Vorteile für Investitionen in ressourcenschonende Technologien.

Reparieren statt Wegwerfen – das schützt Umwelt und schafft regionale Wertschöpfung. Der Reparaturbonus stärkt Handwerksbetriebe, senkt Abfallmengen und spart CO₂. Nachhaltigkeit ist kein Verbot, sondern Innovation – das ist PdF-Wirtschaftspolitik.

Digitalisierung und Produktivität

- Den flächendeckenden Ausbau gigabitfähiger Netze zügig vorantreiben, mit besonderem Fokus auf Gewerbegebiete und Schulen.
- Förderung von KI- und Automatisierungsprojekten im Mittelstand, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.
- Digitale Weiterbildungsoffensive: Schulungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersgruppen.
- Landespreis für digitale Transformation, um erfolgreiche Betriebe öffentlich sichtbar zu machen.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage künftigen Wohlstands. Nur durch technologische Modernisierung bleiben Unternehmen produktiv und international konkurrenzfähig. Wir verbinden wirtschaftliche Effizienz mit gesellschaftlichem Fortschritt.

Faire Märkte und regionale Verantwortung

- Einführung eines „Regionalzertifikats BW“: Produkte, die in Baden-Württemberg erzeugt und verkauft werden, erhalten ein offizielles Qualitätssiegel.
- Faire Preise für Wein und Agrarerzeugnisse, Schutz regionaler Produzenten vor Dumpingimporten.
- Förderung regionaler Lieferketten und Märkte zur Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe.

Regionale Produktion schützt Klima und sichert Arbeitsplätze. Das Regionalzertifikat schafft Transparenz und Vertrauen. Verbraucher erkennen echte regionale Produkte, Betriebe profitieren von fairen Preisen.

Infrastruktur und Zukunftsinvestitionen

- Ausbau und Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen für effizienteren Gütertransport.
- Priorisierung von Infrastrukturprojekten mit hohem wirtschaftlichen Nutzen.
- Förderung multimodaler Logistikzentren, um Warenverkehr nachhaltiger zu gestalten.

Eine funktionierende Wirtschaft braucht funktionierende Infrastruktur. Investitionen in Verkehr und Logistik sichern Arbeitsplätze, reduzieren CO₂ und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit – das ist wirtschaftlicher Fortschritt mit Vernunft.

Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

- Aufbau eines „Resilienzfonds Baden-Württemberg“, um Unternehmen in geopolitischen oder konjunkturellen Krisen flexibel zu unterstützen.
- Verbindliche Investitionszusagen des Landes, um Planungssicherheit für Betriebe zu schaffen.

Ob Pandemie, Krieg oder Energiekrise – Wirtschaft braucht Vertrauen. Ein Land, das in Krisen handlungsfähig bleibt, schafft Stabilität und Innovationskraft. Wir stehen für solide Finanzen und klare Verantwortlichkeiten.

Bürokratieabbau

Viele wirtschaftliche Bereiche sind heute von vermeidbarer Bürokratie beeinträchtigt, wie man in der Medizintechnik sieht:

Baden-Württemberg ist Herz der deutschen Medizintechnik. Um kleine und mittelständische Betriebe zu schützen, streben wir eine Überarbeitung der EU-Medizinprodukteverordnung (Medical Device Regulation, MDR) an, die in ihrer jetzigen Form Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Reform der MDR – Bürokratie abbauen, Sicherheit erhalten

- Keine regelmäßigen vollständigen Re-Zertifizierungen bewährter Produkte, sogenannter „legacy products“, sondern kontinuierliche Überwachung.
- Zusammenfassung der verschiedenen Berichtspflichten in einem jährlichen Sicherheitsbericht.
- Stärkere Einbindung nationaler Behörden bei der Risikobewertung.

Auslöser für den Übergang von der europäischen MDD (medical device directive) in die MDR (medical device regulation) war vor allem der Brustimplantate-Skandal (für die Operationen wurde Industriesilikon benutzt). Man wollte eine gute Regulierung schaffen, ist aber über das Ziel hinausgeschossen und hat vor allem die Bürokratie stark ausgeweitet. Es wurden unverhältnismäßige Auflagen geschaffen, die besonders für kleine und mittelständische Betriebe kaum zu erfüllen sind.

Im Raum Tuttlingen etwa drohen zahlreiche MedTech-Unternehmen ihre Zulassung oder Existenz zu verlieren. Wir stehen für eine pragmatische Regulierung: Sicherheit ja, aber ohne Innovationshemmnisse und Bürokratieexzesse.

Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen

- Einrichtung von Stellen, die die Firmen in Bezug auf komplexe gesetzliche Regelungen unterstützen.
- Digitalisierte Zulassungsprozesse.
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien.

Die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Medizintechnik sind Innovationsmotoren und Arbeitsplatzgaranten. Baden-Württemberg darf diese Schlüsselbranchen nicht durch überzogene Regulierungen gefährden. Wir wollen daher eine innovationsfreundliche, technologieoffene Industriepolitik umsetzen, die europäische Standards wahrt, aber regionale Wirtschaftskraft schützt.

Arbeit, Beschäftigung

Arbeitsmarkt und soziale Balance

- Reform der Arbeitslosenvermittlung: Mehr Umschulungen, digitale Jobmatching-Systeme und enge Zusammenarbeit mit Betrieben.
- Fachkräfteeinwanderung erleichtern durch Landesinitiativen für Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
- Wirtschaftliche Krise gemeinsam meistern.
- Führungspositionen sollen unabhängig vom Geschlecht nach Kompetenz besetzt werden.

Wir stehen für Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und pragmatische Sozialpolitik im Sinne einer fortschrittlichen Wirtschaft. Punkte (oben), die über die Landespolitik hinaus gehen, wollen wir z. B. über den Bundesrat anstoßen.

Um die auch in Baden-Württemberg erkennbare wirtschaftliche Krise gemeinsam zu meistern, nehmen wir zurzeit Abstand von einer Forderung nach kürzerer Arbeitszeit für gleichen Lohn. Wahre Gleichberechtigung bedeutet für uns, dass jede Person, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen Merkmalen, die gleichen Chancen erhält und sich durch ihre Kompetenz für eine Position empfiehlt.

Wohnungsbau und Mieten (Bau- und Wohnungswesen)

Kurzfassung

Bezahlbarer, nachhaltiger und vielfältiger Wohnraum ist ein Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit. Die Partei des Fortschritts setzt sich in Baden-Württemberg für eine entschlossene und praxisnahe Bau- und Wohnungspolitik ein, die moderne Lebensrealitäten abbildet: Familienfreundliche Quartiere, neue Wohnformen und weniger Bürokratie beim Bauen.

Familienfreundliche Wohngebiete und Freizeitangebote

Wir setzen auf eine stärkere staatliche Verantwortung bei Investitionen in Sozialwohnungen, Wohnheimen, bezahlbares und barrierefreies Wohnen. Eine landeseigene Wohnbaugesellschaft könnte im Hinblick auf schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie ein sinnvolles Werkzeug sein. Ziel ist, das Wohnungsangebot zu erhöhen und Mieten langfristig zu stabilisieren.

Die Mietpreisbremse schützt viele Mieter, besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, vor überhöhten Mieten. Ihre Abschaffung würde diesen Zielen zuwiderlaufen und den Schutz von Mieterinnen und Mietern schwächen.

Kommunen sollen verpflichtet werden, bei Neubauprojekten familienfreundliche Strukturen mitzudenken – dazu gehören sichere Wege, Spiel- und Freizeitflächen, wohnortnahe Betreuungseinrichtungen und Grünzonen.

Förderprogramme des Landes sollen gezielt Familienwohnraum priorisieren.

Baden-Württemberg wächst – und damit die Ansprüche an familiengerechtes Wohnen. Durch integrierte Quartiersplanung entstehen lebendige Nachbarschaften statt anonymer Schlafsiedlungen.

Dies entspricht dem PdF-Grundgedanken, gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu fördern.

Ausbau der Wohnraumförderung und sozialer Wohnungsbau

Das Land soll den Anteil geförderter Wohnungen verdoppeln, Fördermittel vereinfachen und die Bindungsfristen verlängern.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften werden steuerlich begünstigt.

Bezahlbarer Wohnraum ist eine soziale Pflichtaufgabe. Baden-Württemberg liegt bei Sozialwohnungen unter dem Bundesdurchschnitt, was für uns einen Handlungsbedarf darstellt. Wir streben daher eine konsequente Neuausrichtung der Wohnraumförderung mit weniger Bürokratie und mehr konkreten Neubauten an. Das ist sozial gerecht, stärkt die Mittelschicht und verhindert soziale Spaltung.

Bauflächen für Tiny Houses und alternatives Wohnen

Wir befürworten, dass spezielle Flächen für Tiny-House-Siedlungen, mobile Wohnformen und alternative Wohnprojekte (z. B. auf Garten- oder Konversionsgrundstücken) ausgewiesen werden. Genehmigungsverfahren werden vereinfacht, Anschlüsse und Infrastruktur werden durch kommunale Förderung erleichtert.

Neue Wohnformen wie Tiny Houses sind nachhaltig, ressourcenschonend und können ein Weg zu bezahlbarem Eigentum auch für Einkommensschwächere sein – besonders im ländlichen Raum, wo flexible Wohnkonzepte Leerstand verhindern und Lebensqualität erhöhen. Dies folgt der PdF-Leitlinie, Innovation und Nachhaltigkeit auch im Alltagsleben zu verbinden.

Vereinfachung der Landesbauordnung (LBO-BW) und des Baurechts

Die Landesbauordnung soll entschlackt werden. Verfahren für Kleinbauten, energetische Sanierungen und Nachverdichtung müssen einfacher und digital ablaufen. Zudem soll ein landesweites Online-Portal für Bauanträge geschaffen werden.

Bürokratie hemmt Bauaktivität. Die aktuelle LBO enthält viele Vorschriften, die Investitionen verzögern und Kosten steigern. Ein digitales, vereinfachtes Verfahren beschleunigt Baugenehmigungen und entlastet Kommunen. Dies steht im Einklang mit dem PdF-Prinzip der Entbürokratisierung und Verwaltungsdigitalisierung.

Überprüfung der Grundsteuerreform

Die Umsetzung der Grundsteuerreform in Baden-Württemberg muss überprüft werden. Sie sollte an die bundesweite Regelung angepasst werden. Ziel ist, Belastungen für Eigentümer und Mieter wieder gerechter zu verteilen.

Das aktuelle Modell führt in Ballungsräumen zu Ungleichgewichten und kann Wohnen zusätzlich verteuern. Eine faire, einfache Grundsteuer stärkt Eigentum und vermeidet

Mietsteigerungen, ganz im Sinne einer gerechten, bürgernahen Steuerpolitik, wie wir sie bundesweit fordern.

Sicherheit

Wir wollen ein Land Baden-Württemberg, in dem sich Bürger sicher fühlen.

Das Gefühl von Sicherheit hängt auch mit deutschlandweiten und internationalen Herausforderungen zusammen.

- Polizisten sollen ihre Körperkameras („Bodycams“) bei Einsätzen dauerhaft einschalten.
- Elektroschockpistolen („Taser“) sollen der Polizei in Baden-Württemberg flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.
- Spezielle Software zur Analyse großer Datenmengen soll der Polizei in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt werden.
- Frauenhäuser müssen deutlich besser und verlässlich finanziert werden.
- Kampf gegen jede Form des Extremismus.
- Eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland lehnen wir entschieden ab.

Bodycams sind ein hervorragendes Mittel, um sowohl unter Verdacht stehende Polizisten zu überführen als auch unschuldige Polizisten vor falschen Behauptungen zu schützen. Diese erst unter Stress, wenn es brenzlig wird, einzuschalten, halten wir nicht für pragmatisch. Jedoch ist eine dauerhafte Aufzeichnung im Hinblick auf den Datenschutz und das Arbeitsrecht zu prüfen. Eine Bodycam kann auch abschreckende Wirkung haben und unsere Polizisten vor Angriffen schützen.

Wir sind für die personelle und technische Aufrüstung der Polizei, inklusive moderner Ausrüstung zur Gefahrenabwehr. Um die Sicherheit zu steigern, begrüßen wir „Taser“, als nicht-tödliche Option.

Wir befürworten die digitale Transformation der Polizei. IT-Infrastruktur und KI sollen die Effizienz der Polizeiarbeit steigern, solange die Grundrechte gewahrt bleiben. Wir unterstützen den Einsatz, betonen jedoch Transparenz und Verhältnismäßigkeit. Zudem schließen wir die Verwendung von nicht in der EU entwickelter oder betriebener Software (z.B. Palantir), strikt aus.

Jede Form von Extremismus ist zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekämpfen. Besonders wichtig sind uns hierbei Aufklärung und Prävention, nicht nur repressive Maßnahmen durch Sicherheitsorgane. Statt einer überstürzten Auflösung des Verfassungsschutzes, sollten Schritte zur Sicherung der politischen Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes unternommen werden, der zur Extremismusbekämpfung unabdingbar ist. Wir fordern die Fortsetzung der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine mindestens im bisherigen Umfang und betrachten Sanktionen als wichtiges Instrument zum Schutz von Sicherheit, Völkerrecht und Abschreckung.

Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie, Transparenz

Kurzfassung

Die Partei des Fortschritts fordert in Baden-Württemberg eine neue Kultur der politischen Teilhabe. Bürger sollen auf kommunaler, wie auf Landesebene verbindlich, digital und transparent in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Wir wollen Beteiligungspflichten für Kommunen, moderne digitale Mitbestimmungstools und niedrigere Hürden für Volksentscheide. Bürgerbeteiligung ist kein Zusatz, sondern Grundbedingung einer funktionierenden Demokratie.

Kommunale Beteiligungspflichten

Ein Landesbeteiligungsgesetz soll alle Kommunen verpflichten, kontinuierlich partizipative Projekte und Verfahren einzurichten – etwa bei Stadtentwicklung, Infrastruktur, Umwelt- oder Haushaltsfragen. Bürger müssen frühzeitig und wirksam mitgestalten können, nicht erst, wenn Entscheidungen bereits gefallen sind.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Heute hängt Beteiligung vom politischen Willen einzelner Gemeinden ab. Baden-Württemberg braucht einheitliche Mindeststandards und ein echtes Mitspracherecht in allen Kommunen. Dadurch wächst Akzeptanz für politische Entscheidungen, Vertrauen in Verwaltungen – und innovative Ideen aus der Bevölkerung können systematisch in die Planung einfließen. Diese Position folgt dem Grundsatz der PdF, Bürger aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden und basisdemokratische Strukturen zu fördern.

Digitale Transparenz- und Beteiligungstools

Wir fordern eine landesweit einheitliche, benutzerfreundliche digitale Plattform für Beteiligung und Transparenz. Alle Kommunen sollen über ein vernetztes System Vorschläge, Meinungsbilder und Abstimmungen einbinden können - sicher per digitaler Ausweis-Identifikation und auch für Laien intuitiv bedienbar. Open Data und Verwaltungsinformationen müssen standardmäßig öffentlich zugänglich sein.

Digitale Beteiligung ist der Schlüssel zu einer modernen Demokratie. Baden-Württemberg hat mit seinem Beteiligungsportal bereits einen guten Anfang gemacht, doch zu viele Projekte laufen isoliert und werden kaum genutzt. Ein landesweit integriertes System senkt die Hürden, schafft Transparenz und stärkt das Vertrauen in staatliche Entscheidungen. Dies entspricht dem PdF-Leitbild eines digitalen, effizienten und bürgernahen Staates.

Direkte Demokratie und Volksentscheide

- Senkung der Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide (z. B. 5–7 % statt 10 %).
- Einführung direkter Beteiligung auf Landkreisebene.
- Digitale Unterschriftensammlung mit sicheren Authentifizierungsverfahren.
- Bürgerforen und Bürgerräte als beratende Ergänzung zu Volksentscheiden.
- Reduzierung der Landkreise.
- Verringerung der Anzahl der Abgeordneten im Landtag.

- Einbezug der jüngeren Generationen.

Direkte Demokratie ist eine Ergänzung zur parlamentarischen, keine Konkurrenz. Doch die Hürden in Baden-Württemberg zählen bundesweit zu den höchsten. Wer Mitbestimmung will, muss sie auch ermöglichen, und zwar transparent, fair und praktikabel. Mit digitalen Unterschriftensammlungen und niedrigeren Quoren schaffen wir echte Teilhabe. Bürgerräte helfen, komplexe Themen faktenbasiert zu diskutieren und Missbrauch durch populistische Kampagnen zu verhindern. Diese Haltung entspricht einer unserer Grundideen: Demokratie soll direkter, digitaler und zugänglicher werden.

Eine Reduzierung der Landkreise mit einhergehender Digitalisierung kann dazu beitragen, Doppelstrukturen abzubauen, Verwaltungskosten zu senken, Zuständigkeiten übersichtlicher zu gestalten und staatliches Handeln effizienter und bürgernäher zu machen.

Ein schlankeres Parlament steigert Effizienz, senkt Kosten und stärkt die Akzeptanz demokratischer Institutionen. Politische Arbeit soll wirksam, transparent und bürgernah sein. Basisdemokratische Strukturen, neue Beteiligungsformate sowie die verstärkte Einbeziehung jüngerer Bürgerinnen und Bürger in die Politik gehören zu unseren Kernzielen.

Politische Bildung und Zugangsgerechtigkeit

Beteiligung braucht Wissen. Politische Bildung soll in Schulen, Volkshochschulen und über Online-Angebote ausgebaut werden. Zugang zu Mitbestimmung darf nicht vom Bildungsgrad, Alter oder Einkommen abhängen.

Nur wer versteht, wie Demokratie funktioniert, kann sie aktiv gestalten. Politische Bildung ist der beste Schutz vor Populismus und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das ist ein zentraler Wert im PdF-Grundsatzprogramm.

Evaluation und Wirkungskontrolle

Ein unabhängiges Gremium soll die Wirksamkeit von Bürgerbeteiligung regelmäßig bewerten. Ergebnisse werden öffentlich gemacht und dienen als Grundlage für gesetzliche Anpassungen.

Partizipation muss messbar und lernfähig sein. Nur durch systematische Auswertung kann die Bürgerbeteiligung stetig verbessert und an neue gesellschaftliche Realitäten angepasst werden – ganz im Sinne einer faktenbasierten, fortschrittsorientierten Politik.

Gesamtbegründung

Bürgerbeteiligung ist kein Hindernis, sondern Motor demokratischer Erneuerung.

Politik soll auf den besten Ideen der Menschen basieren – nicht auf Parteidoktrin. Deshalb fordern wir eine umfassende Öffnung der Entscheidungsprozesse, digitale Partizipation für alle und verbindliche Transparenzstandards auf allen Ebenen des Landes Baden-Württemberg.

Integration und Migration

Kurzfassung

Wir stehen für eine pragmatische, menschliche und rechtssichere Integrationspolitik. Ziel ist, Integration von Anfang an zu ermöglichen – durch Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und digitale Verwaltungsprozesse, die Missbrauch verhindern, aber Menschenwürde und Eigenverantwortung respektieren. Baden-Württemberg soll zum Vorbild einer modernen, schnellen und handlungsfähigen Integrationspolitik werden.

Kommunen-Konferenz „Integration Baden-Württemberg“

Einrichtung einer „Kommunen-Konferenz Integration Baden-Württemberg“, in der Vertreterinnen und Vertreter aller Landkreise und Städte gemeinsam mit Land und Bund Lösungen für Herausforderungen in Unterbringung, Integration und Verwaltung erarbeiten. Ergebnisse sollen in einem Offenen Brief an den Bundestag münden, um landesübergreifende Maßnahmen anzustoßen.

Migration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ihre erfolgreiche Umsetzung findet aber vor Ort statt. Die Kommunen tragen die Hauptlast, haben jedoch zu wenig Mitsprache. Eine landesweite Konferenz stärkt die kommunale Stimme, fördert den Austausch funktionierender Modelle und erhöht den politischen Druck auf Bund und EU, praktikable Regelungen zu schaffen. Dies entspricht der PdF-Grundlinie, Entscheidungen bürgernah und faktenbasiert zu treffen.

Einführung einer fairen Bezahlkarte für Geflüchtete

Das Land soll die bereits gestartete Bezahlkarte beibehalten, aber auf Grundlage der bisherigen Kritik weiterentwickeln:

- Gebührenfreie Bargeldabhebung bis 50 € monatlich, optionaler Zuschlag von 20 % der Leistungen zur freien Verfügung.
- Transparente Whitelist/Blacklist-Regelungen, die legale Nutzung sichern, und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- Verbot übermäßiger Gebühren und Verpflichtung auch Kartenzahlungen anzubieten für alle Einzelhändler.
- Länderübergreifende Kooperation, damit Karteninhaber sich frei innerhalb Deutschlands bewegen können.

Die Bezahlkarte kann Missbrauch und Geldabfluss ins Ausland verhindern, darf aber keine digitale Ausgrenzung erzeugen. Baden-Württemberg soll zeigen, dass Kontrolle und Würde vereinbar sind. Durch digitale Lösungen und klare Regeln bleibt die Verwaltung effizient, während Geflüchtete nicht stigmatisiert werden. Dies entspricht dem PdF-Prinzip, Verwaltung zu digitalisieren und sozial gerechte Lösungen technologiegestützt umzusetzen.

Frühe Integration durch Arbeit und Engagement

Geflüchtete sollen innerhalb weniger Wochen in gemeinnützige Tätigkeiten einbezogen werden können – etwa in der Gemeinde, bei Pflege- und Umweltprojekten oder im städtischen Dienstleistungsbereich (z. B. Reinigung öffentlicher Flächen). Ziel ist ein klarer Pfad von sozialem Engagement über Qualifizierung hin zur regulären Beschäftigung.

Arbeit ist der schnellste Weg zur Integration. Frühes Mitwirken am Gemeinwesen reduziert soziale Spannungen, stärkt Sprachkenntnisse und Selbstständigkeit. Dieses Modell entspricht dem PdF-Grundsatz „Integration durch Arbeit und Ausbildung“ und setzt auf Eigenverantwortung statt Passivität.

Koordinierte Integrationsstrategie des Landes

Das Land Baden-Württemberg soll eine Integrationsstrategie 2030 verabschieden, die Bildung, Wohnen, Arbeit und Verwaltung digital miteinander verknüpft. Zentral ist ein einheitliches IT-System, das Kommunen und Jobcenter vernetzt und bürokratische Doppelarbeit verhindert.

Viele Integrationsmaßnahmen scheitern an unklaren Zuständigkeiten und Papierprozessen. Ein digitales, landesweit abgestimmtes System ermöglicht gezielte Förderung und faire Verwaltungspraxis – ganz im Sinne einer modernen, effizienten und transparenten Verwaltung, die wir bundesweit anstreben.

Menschlichkeit und Rechtsstaat

Jede Integrationspolitik muss an den Werten des Grundgesetzes orientiert bleiben. Das bedeutet klare Verfahren, aber auch Respekt vor der Menschenwürde. Abgelehnte Asylbewerber sollen geordnet und rechtskonform rückgeführt werden; gleichzeitig müssen legale Bleibeperspektiven und Sprachangebote ausgebaut werden.

Wir stehen für eine faktenbasierte, menschenfreundliche Migrationspolitik. Wir lehnen Populismus und Symbolpolitik ab. Stattdessen geht es um Ordnung, Menschlichkeit und Fortschritt durch klare Regeln und digitale Prozesse.

Gesamtbegründung

Migration und Integration sind keine ideologischen Themen, sondern organisatorische Herausforderungen, die pragmatisch gelöst werden müssen. Wir streben eine gute Balance von Kontrolle und Menschlichkeit an, fordern rechtssichere Verfahren und setzen auf Integration durch Teilhabe, unterstützt durch Digitalisierung. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen, die hier leben, Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag leisten können – zum Wohle des Landes und seiner Zukunft.

Bildung, Kultur, Medien, Forschung

Kurzfassung

Bildung ist das elementare Fundament für Fortschritt und Freiheit. Wir stehen für ein gerechtes, modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem in Baden-Württemberg, das digitale Kompetenz, handwerkliche Stärke und individuelle Förderung vereint. Wir fordern eine zentrale Bildungsstruktur, praxisnahe Ausbildung, lebenslanges Lernen und eine Kulturpolitik, die Kreativität, Medienvielfalt und Innovation stärkt.

Wir setzen uns für einen neutralen Staat und die freie Ausübung der Religion als Privatrecht ein. Konfessioneller Religionsunterricht widerspricht allerdings der Trennung von Kirche und

Staat. Stattdessen befürworten wir einen konfessionsfreien Ethikunterricht, der gemeinsame Werte vermittelt.

Schulsystem

Eine gute Grundschulausbildung setzt ausreichende Deutschkenntnisse voraus, damit Kinder dem Unterricht optimal folgen können und nicht von Anfang an benachteiligt werden. Ohne diese Voraussetzung drohen Lernrückstände, die langfristig Chancengleichheit verhindern und das Schulsystem belasten. Stattdessen sollten Sprachdefizite vor der Einschulung durch Vorbereitungsklassen oder KITAs behoben werden.

Wir sind für eine Schulform, in welcher der Unterricht auf 3 Niveaustufen abläuft. D.h. in jedem Fach gibt es eine andere Klassenzusammensetzung. Ein durchlässiges Modell ermöglicht flexible Anpassungen an den jeweils erreichbaren Bildungsabschluss. Eine Orientierung am finnischen Bildungssystem, das gezielte Förderung und Berufsvorbereitung miteinander verbindet, kann langfristig als Vorbild dienen.

An Schulen sollte die private Nutzung des Handys unterbunden werden. Zur digitalen Bildung im Unterricht können diese bzw. schuleigene Endgeräte verwendet werden.

Infoveranstaltungen verschiedener Organisationen (Bundeswehr, Polizei, DRK, etc.) stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, wichtig ist uns hierbei eine neutrale Aufklärung mit Fokus auf friedensorientierte Bildung.

Stärkung der dualen Ausbildung und beruflichen Bildung

- Ausbau der handwerklichen Ausbildung durch gezielte Förderung kleiner und mittlerer Betriebe.
- „Gleichwertigkeit“ von „Meister“ und „Master“ – gleiche gesellschaftliche Anerkennung, gleiche Fördermöglichkeiten.
- Modernisierung der Berufsschulen mit digitaler Ausstattung, Open-Source-Lernplattformen und praxisnaher Lehrerfortbildung.
- Vereinheitlichung der IHK-Regelungen landesweit mit gleichen Prüfungsbedingungen und gleichen Standards.

Das Handwerk ist eine der tragenden Säulen der baden-württembergischen Wirtschaft. Zersplitterte Strukturen und unterschiedliche IHK-Vorgaben behindern Mobilität und Fairness. Wir setzen auf klare, einheitliche und digitale Strukturen, damit berufliche Bildung attraktiv und zukunftssicher bleibt.

Zentralisierung der Bildungsverwaltung

- Zusammenführung der derzeit vier Regierungspräsidien im Bereich Bildung zu einer einheitlichen Landesbildungsbehörde Baden-Württemberg.
- Einheitliche Zuständigkeiten für Lehrpläne, digitale Infrastruktur und Qualitätskontrolle.
- Schulen sollen über direkte Landesmittel für digitale Ausstattung (Tablets, Software, Wartung) verfügen.
- Einführung eines landesweiten IT-Dokumentationssystems für Hardware und Software-Verwaltung.

Die Bildungsbürokratie in Baden-Württemberg ist ineffizient: vier Regierungspräsidien, vier Systeme, vier Auslegungen. Eine einheitliche Behörde senkt Verwaltungskosten, schafft Verlässlichkeit und erleichtert Digitalisierung. Das ist kein Zentralismus, sondern Fortschritt

durch klare Zuständigkeiten, ganz im Sinne des PdF-Prinzips: effizienter Staat, weniger Bürokratie.

Digitalisierung und Medienkompetenz

- Nutzung von Open-Source-Software (z. B. Moodle, Nextcloud, LibreOffice) an Schulen und in der Bildungsverwaltung.
- Einheitliche Datenschutzstandards und einfache Nutzerverwaltung für Lehrkräfte und Schüler.
- Förderung von Medienkompetenz ab der Grundschule. Das ist altersgerechtes Lernen über Chancen und Risiken digitaler Medien.
- Smartphoneverbot an Grundschulen; abgestufte Nutzungskonzepte ab der Sekundarstufe.
- Prüfung eines Mindestalters (z. B. 14–16 Jahre) für Social-Media-Nutzung mit digitaler Altersverifikation.

Digitale Bildung ist mehr als Gerätebeschaffung. Sie braucht Kompetenz, Struktur und Verantwortung. Open-Source-Lösungen sparen Geld, stärken Datenschutz und Unabhängigkeit.

Wir verbinden Digitalisierung mit Medienbildung – für mündige Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Demokratie.

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

- Landesweiter Bildungspass BW, der Weiterbildung, Umschulung und digitale Lernzertifikate bündelt.
- Förderung beruflicher Weiterbildung in Zukunftsbranchen (IT, Pflege, Energie, Umwelttechnik).
- Unterstützung kommunaler Lernzentren und Volkshochschulen mit digitaler Infrastruktur.

Technologischer Wandel und demografischer Druck erfordern ein Bildungssystem, das nicht mit 18 oder 25 endet. Baden-Württemberg braucht eine Weiterbildungsstrategie, die alle Generationen einbezieht – wie wir es auf Bundesebene umsetzen wollen: Bildung als lebenslangen Prozess.

Sport und Gesundheit im Bildungssystem

- Ausbau des Schulsports, verpflichtender Schwimmunterricht und Förderung regionaler Sportinitiativen.
- Kooperationen mit Sportvereinen, um Bewegung, Teamgeist und Integration zu stärken.

Bewegung ist Bildung. Sportliche Förderung steigert Konzentration, Gesundheit und soziale Kompetenz – Werte, die im PdF-Bildungsverständnis fest verankert sind.

Reform des Rundfunkbeitrags

- Umwandlung des Rundfunkbeitrags in ein optionales Abo-System („On-Demand-Modell“), mit Basis-Zugang zu Informationsprogrammen und optionalen Premium-Angeboten.
- Deutliche Reduzierung des Pflichtbeitrags, gekoppelt an Transparenz und Kostenkontrolle.

Medienvielfalt braucht Unabhängigkeit – aber keine „Zwangsgebühren“. Das heutige System ist intransparent und überdimensioniert. Ein modernes Abo-Modell stärkt Wahlfreiheit, Qualität und Vertrauen, wie wir es bereits auf Bundesebene anstreben.

Förderung von Musik, Kunst und kultureller Bildung

- Landesfonds für Musikschulen, Orchester und künstlerische Oberstufen.
- Steuerliche Erleichterungen für gemeinnützige Kulturinitiativen.
- Ausbau kultureller Bildung als Bestandteil der schulischen Lehrpläne.

Kulturelle Bildung ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Sie fördert Kreativität, Empathie und Identität – Werte, die wir als Grundlage einer offenen Gesellschaft begreifen.

Förderung des E-Sports und digitaler Kultur

- Einrichtung eines E-Sport-Fonds Baden-Württemberg (siehe entsprechendes Kapitel).
- Förderung digitaler Kreativwirtschaft, Games-Entwicklung und Streaming-Kultur als Teil der Kulturförderung.

Digitale Kultur ist ein wachsender Wirtschaftszweig und Teil moderner Lebensrealität. Ihre Förderung stärkt Innovation, Medienkompetenz und Jugendkultur – ein zentraler Bestandteil unserer fortschrittlichen Kulturpolitik.

Weitere Maßnahmen

- Senkung der Biersteuer zur Entlastung kleiner Brauereien und Förderung regionaler Kulturbetriebe.

Regionale Brauereien sind Teil baden-württembergischer Identität und Wirtschaft. Eine moderate Steuersenkung entlastet Mittelstand und stärkt lokale Kulturwirtschaft – im Sinne einer pragmatischen Wirtschaftsförderung.

E-Sport, Gaming und Medienkompetenz

E-Sport ist Teil der modernen Jugend-, Kultur- und Wirtschaftswelt. Mit der bundesweiten Anerkennung der Gemeinnützigkeit ab 2026 schafft sich endlich die rechtliche Grundlage, um Gaming als sportliche und kulturelle Betätigung zu fördern. Baden-Württemberg soll diese Chance nutzen und sich als führendes Zentrum für E-Sport, Medienbildung und digitale Kreativität etablieren.

Aufbau eines E-Sport-Verbands Baden-Württemberg

Das Land unterstützt die Gründung eines unabhängigen, gemeinnützigen E-Sport-Verbands Baden-Württemberg, der Vereine und Initiativen bei

- der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit,
- rechtlichen und organisatorischen Fragen (Satzungen, Versicherungen, Jugendschutz)
- und der professionellen Vernetzung innerhalb des Landes begleitet.

E-Sport-Vereine leisten wertvolle Jugendarbeit, fördern Teamgeist, Fairplay und technisches Know-how. Bisher fehlten ihnen aber rechtliche und strukturelle Unterstützung. Ein Landesverband stärkt die Selbstorganisation der Szene, sorgt für Transparenz und schafft Rechtssicherheit – im Sinne der PdF-Prinzipien von Digitalisierung, Teilhabe und Gleichbehandlung.

Landeszentrum für E-Sport, Gaming und Medienkompetenz

Das Land richtet ein Landeszentrum für E-Sport, Gaming und Medienkompetenz ein. Dieses Zentrum soll:

- moderne Trainingsräume und Wettbewerbsflächen bereitstellen,
- Bildungs- und Forschungsprojekte mit Schulen, Hochschulen und Vereinen verbinden,
- Programme zur Medienkompetenz, Gesundheitsförderung und Prävention exzessiven Spielverhaltens anbieten,
- und als digitale Vernetzungsplattform für Initiativen im Land fungieren.

Baden-Württemberg ist ein Hightech-Land und sollte auch im digitalen Sport eine führende Rolle einnehmen. Das Landeszentrum verbindet Bildung, Kultur und Wirtschaft, fördert Medienkompetenz und macht digitale Talente sichtbar. So wird E-Sport zu einem Innovationsfeld, das junge Menschen anspricht und Fachkräfte bindet.

Soziales und Familie

Kurzfassung

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Die Familie ist die kleinste Untereinheit der Gesellschaft und Grundlage unseres sozialen Gefüges. Wir erkennen ein pluralistisches Familienbild an. Nicht die konkrete Zusammensetzung, sondern die Funktion der Familie als soziales und emotionales Grundgerüst, ist entscheidend.

Wir möchten in Baden-Württemberg eine gerechte, verlässliche und moderne Familienpolitik umsetzen, die echte Entlastung schafft und soziale Teilhabe stärkt. Kitas müssen bezahlbar sein, Leistungen verständlich, Verwaltung digital und transparent. Familien sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren können, das Miteinander.

Für uns ist klar, dass jedem Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht werden muss. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass der Staat sicherstellen muss, dass Systeme wie das Bürgergeld nicht ausgenutzt werden.

Das Rentensystem ist dringend reformbedürftig. Dabei ist es jedoch wichtig, ältere Menschen nicht allein zu lassen und Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Sicherung eines würdigen Existenzminimums im Alter ein.

Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren Beitrag. Eine finanzielle Anerkennung durch das Land würdigt diese Verantwortung und stärkt die häusliche Pflege, muss aber mit klaren Kriterien, Transparenz und wirksamen Kontrollen so ausgestaltet werden, dass Mitnahmeeffekte und Missbrauch öffentlicher Mittel unterbunden werden.

Zur Finanzierung dieser sozialen Belange sehen wir die Notwendigkeit, eine angemessene und zeitgemäße Vermögenssteuer einzuführen, ergänzt durch eine höhere Besteuerung sehr hoher Erbschaften.

Gerechte und bezahlbare Kinderbetreuung

- Wir unterstützen ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell, das niedrige Einkommen stärker entlastet.
- Landeszuschüsse sollen an Kommunen fließen, wenn sie sich verpflichten, diese Regelung umzusetzen.

Wir verbinden soziale Verantwortung mit pragmatischer Finanzierbarkeit, befürworten Staffelung der Gebühren nach Einkommen und eine finanzielle Unterstützung durch das Land.

Landeserziehungsgeld und steuerliche Entlastung

- Landeserziehungsgeldes als Ergänzung zum Bundeselterngeld – ein Familienbonus für Baden-Württemberg.
- Erhöhung der Kinderfreibeträge bzw. zusätzliche Steuerreduzierung ab dem zweiten Kind, um Familien mit mehreren Kindern gezielt zu entlasten.

Familien leisten täglich einen gesellschaftlichen Beitrag, der oft nicht ausreichend gewürdigt wird. Ein Landeserziehungsgeld gibt Baden-Württemberg ein eigenes familienpolitisches Profil und entlastet besonders Familien mit mittlerem Einkommen. Dies folgt der PdF-Grundidee, soziale Politik durch zielgerichtete Anreize und nicht durch bürokratische Umverteilung zu gestalten.

Unterstützung sozial schwächerer Familien

- Erhöhung der Fördermittel für Sportvereine und Freizeitangebote, speziell für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten.
- Ausbau von Landeszuschüssen für Mittagessen in Kitas und Schulen – warme Verpflegung soll Teil der Betreuungsleistung sein.

Teilhabe beginnt beim Alltag. Kinder sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu Sport, Musik und Gemeinschaft haben. Wir fördern Eigenverantwortung und Inklusion – soziale Unterstützung ohne Stigmatisierung.

Digitalisierung und Verwaltungsvereinfachung

- Einheitliches Online-Portal für Familienleistungen (z. B. Kita-Anmeldung, Elterngeld, Landeszuschüsse).
- Automatisierte Prüfung von Einkommen und Zuschüssen, um Bürokratie abzubauen.
- Einheitliche IT-Strukturen zwischen Land und Kommunen.

Viele Familien müssen heute Dutzende Formulare bei verschiedenen Behörden einreichen. Digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Nerven – für Bürger wie für Ämter. Dies steht im Einklang mit dem PdF-Leitmotiv: Digitalisierung als Werkzeug für soziale Effizienz.

Soziale Gerechtigkeit und kommunale Verantwortung

- Das Land Baden-Württemberg soll Kommunen verpflichtend unterstützen, wenn sie sozial gerechte Beitragsmodelle umsetzen.
- Einführung eines Monitoring-Systems, um Transparenz über Gebühren, Betreuungsqualität und Auslastung zu schaffen.

Sozialpolitik darf kein Flickenteppich sein. Land und Kommunen müssen gemeinsam Verantwortung tragen. Mit klaren Regeln, digitaler Kontrolle und verlässlicher Finanzierung schafft Baden-Württemberg echte soziale Gerechtigkeit – nicht durch Ideologie, sondern durch Struktur und Transparenz.

Soziale Balance im Land

- Regelmäßige Überprüfung aller familienpolitischen Leistungen auf Wirksamkeit und Gerechtigkeit.
- Ausbau von Programmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung am Arbeitsplatz.

Soziale Politik ist nur dann fortschrittlich, wenn sie langfristig trägt. Familienfreundliche Strukturen stärken Wirtschaft, Gesellschaft und das Vertrauen in den Staat – eines unserer Kernanliegen.

Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik

Kurzfassung

Gesundheit ist Daseinsvorsorge – und es ist Aufgabe des Staates, gleiche Chancen auf gute medizinische Versorgung zu garantieren. Die Partei des Fortschritts fordert für Baden-Württemberg eine faire, digitale und regionale Gesundheitsversorgung: mehr Ärzte auf dem Land, bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, konsequente Digitalisierung, sichere Daten und eine Gesundheitspolitik, die Prävention, Ernährung und Suchtpolitik ganzheitlich denkt.

Regionale Gesundheitsversorgung sichern

- Landarzt-Förderprogramm Baden-Württemberg: Zuschüsse und Startprämien für Ärzte, die sich in unversorgten Regionen niederlassen.
- Gezielte Krankenhausförderung nach Bedarf, nicht nach Trägerschaft.
- Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen zur Finanzierung medizinischer Versorgung in ländlichen Räumen.
- Mobile Arztpraxen und Telemedizinzentren zur Überbrückung von Versorgungslücken.

Unabhängig vom Wohnort muss eine angemessene medizinische Versorgung gewährleistet sein. Gerade im ländlichen Raum droht Ärztemangel. Durch gezielte Anreize möchten wir die Attraktivität von Landarztpraxen steigern. Denkbar sind Kontingente für Medizinstudienplätze, die an eine Niederlassungspflicht in einer bestimmten Region gebunden sind. Wir setzen hierbei auf pragmatische, digitale und bundesweit einheitlich abgestimmte Lösungen.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

- Flächendeckender Ausbau der elektronischen Patientenakte (ePA) mit klarer Nutzerkontrolle über Datenzugriff.
- Datensicherheit durch Zusammenarbeit mit IT-Expert und dem Chaos Computer Club (CCC).
- Standardisierte digitale Prozesse zwischen Kliniken, Ärzten und Pflegeeinrichtungen zur Reduzierung von Dokumentationsaufwand.
- Pilotprojekte für KI-gestützte Diagnose- und Verwaltungssysteme unter ärztlicher Aufsicht.

Digitalisierung kann Leben retten – wenn sie sicher, transparent und patientenorientiert gestaltet ist. Die ePA darf kein Bürokratiemonster werden, sondern muss Behandlungsqualität und Effizienz verbessern. Baden-Württemberg soll hier Vorreiter werden – mit sicherer Technik und realitätsnaher Umsetzung.

Stärkung der Pflege und der Pflegeberufe

- Landespflegeoffensive BW: gezielte Förderung für Ausbildung, Weiterbildung und Rückkehr in Pflegeberufe.
- Bessere Vergütung und Arbeitszeitmodelle, um Pflegeberufe wieder attraktiv zu machen.

- Digitalisierung in Pflegeeinrichtungen, um Dokumentation zu vereinfachen und Zeit für Menschen zu gewinnen.
- Pflege-Innovationsfonds zur Unterstützung von Projekten für intelligente Assistenzsysteme, Telepflege und Quartierskonzepte.

Pflege ist keine Kostenstelle, sondern Kern sozialer Verantwortung. Wir wollen eine Pflegepolitik umsetzen, die Berufsethik mit moderner Technik verbindet. Nur mit besseren Bedingungen und fairer Bezahlung bleibt Pflege menschlich und zukunftssicher.

Finanzierung und Fairness im Gesundheitssystem

- Umlage der Krankenkassenkosten nach norwegischem Vorbild: Beiträge sollen sich stärker an tatsächlicher Leistungsfähigkeit und Versorgungsbedarf orientieren.
- Transparente Krankenhausfinanzierung: Landesmittel müssen gezielt in Grundversorgung, Notfallmedizin und Digitalisierung fließen – nicht in ineffiziente Doppelstrukturen.
- Landesweiter Gesundheitsmonitor zur Erfassung von Bedarfen, Personalstand und Versorgungssicherheit.

Das Gesundheitssystem muss solidarisch, aber effizient sein. Mit einer transparenten Kostenverteilung und klaren Prioritäten kann Baden-Württemberg Vorbild werden: weniger Bürokratie, mehr Versorgung.

Ernährung und Prävention

- Einführung eines Landesprogramms „Gesunde Ernährung in Schule und Betrieb“, das Aufklärung, regionale Produkte und gesunde Kantinenstandards kombiniert.
- Förderung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft zur Stärkung kurzer Lieferketten.
- Präventionskampagnen zu Bewegung, Ernährung und psychischer Gesundheit – digital und barrierefrei.

Gesundheit beginnt beim Essen. Ernährungsbildung und Prävention sind die günstigsten und wirksamsten Gesundheitsstrategien. Baden-Württemberg soll Gesundheitspolitik als Querschnittsaufgabe verstehen – von der Landwirtschaft bis zum Schulunterricht.

Drogen- und Suchtpolitik

- Evidenzbasierte und entkriminalisierende Drogenpolitik, die auf Prävention, Beratung und Schadensminimierung setzt.
- Begleitete Cannabisfreigabe nach Bundesmodell, kombiniert mit Jugendschutz, Präventionsarbeit und Forschung.
- Ausbau von Suchtberatungsstellen und sicheren Konsumräumen in Großstädten.
- Null-Toleranz bei Handel mit harten Drogen, aber Fokus auf Therapie statt Strafe für Abhängige.

Strafverfolgung stellt sich bei der Prävention von Drogenmissbrauch als wenig effektiv heraus – Aufklärung und Unterstützung schon.

Wir stehen für eine faktenbasierte, humane Drogenpolitik: Schutz der Gesellschaft durch Prävention, nicht durch Ideologie. Dies entspricht unserem Grundsatz, Politik an Wirksamkeit und nicht an Symbolik zu messen.

Umwelt, Klima, Energie

Kurzfassung

Baden-Württemberg ist eines der waldreichsten und wirtschaftsstärksten Bundesländer Deutschlands – und damit besonders in der Verantwortung, Natur, Klima und Innovation in Einklang zu bringen. Wir stehen für einen pragmatischen, technologieoffenen Umwelt- und Klimaschutz, der auf Forschung, regionale Verantwortung und nachhaltige Wertschöpfung setzt. Ziel ist Klimaneutralität bis 2045. Dies wollen wir erreichen durch den Ausstieg aus der Kohle-Verstromung bis 2039, Beteiligungsangebote für Bürger an neuen Wind- und Solaranlagen, Energieeinsparung durch höhere Effizienz, nachhaltige Forstwirtschaft, modernste Kreislaufwirtschaft und Bewusstseinsbildung statt Bevormundung.

Schutz der Wälder und nachhaltige Forstwirtschaft

- Aufbau klimaresilienter Mischwälder mit gezielter Förderung heimischer, widerstandsfähiger Baumarten.
- Einsatz moderner Technologien wie Drohnen zur Wiederaufforstung und Überwachung geschädigter Waldflächen.
- Bekämpfung von Borkenkäferbefall durch Kombination aus Monitoring, Holzverwertung und gezieltem Einschlag.
- Reduktion von Stickstoffeinträgen durch nachhaltige Landwirtschaft und emissionsärmeren Verkehr.

40 % der Waldfläche Baden-Württembergs gelten als geschädigt. Dürre, Stürme, Stickstoffeintrag und Schädlingsbefall gefährden den ökologischen und wirtschaftlichen Wert unserer Wälder. Ein gesunder Wald ist die beste CO₂-Senke – Waldschutz ist daher Klimaschutz. Wir setzen auf wissenschaftlich fundierte, technologiegestützte und realistische Waldpolitik.

Förderung der Kreislaufwirtschaft

- Aufbau regionaler Kreislaufwirtschaftsmodelle in Kooperation mit Industrie und Kommunen.
- Förderung von Recycling-Innovationen, Wiederverwertung und CO₂-armen Produktionsverfahren.
- Einführung eines Landesprogramms „Zero Waste BW“ für ressourceneffiziente Kommunen.
- Unterstützung von Start-ups in den Bereichen Recyclingtechnologie, Materialkreisläufe und CO₂-Reduktion.

Klimaschutz braucht Wirtschaftskreisläufe statt Einwegstrukturen. Kreislaufwirtschaft schafft Arbeitsplätze, spart Ressourcen und reduziert Emissionen – ein Paradebeispiel für Fortschritt durch Innovation. Wir verstehen Nachhaltigkeit als technologischen und ökonomischen Fortschritt, nicht als Verzicht.

Umweltfreundliche Technologien und Innovation

- Landesweite Innovationsförderung für umweltfreundliche Technologien, z. B. in Energieeffizienz, Speichertechnik, Wasserstoff, CO₂-Abscheidung (CCS) und Abwärmenutzung.
- Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen, Start-Ups und Industrie zur Entwicklung marktreifer Lösungen.

- Öffentliche Beschaffung soll bevorzugt nachhaltige Technologien einsetzen.

Baden-Württemberg kann Klimaschutz-Exportweltmeister werden. Innovationen aus Hochschulen und Unternehmen müssen schneller in die Praxis gelangen. Technologieoffenheit, nicht Ideologie, ist der Schlüssel zur Klimaneutralität.

Ausbau der Fernwärmeversorgung und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

- Verdopplung des Anteils der Haushalte mit Fernwärmeanschluss bis 2045.
- Förderung des Ausbaus von KWK-Anlagen auf Basis erneuerbarer Brennstoffe und grünen Wasserstoffs.
- Integration industrieller Abwärme in lokale Fernwärmesysteme.
- Aufbau regionaler Energieverbünde („Zwischenwärmesysteme“) zur besseren Verteilung überschüssiger Wärme.
- Förderung kleiner, hocheffizienter Mini-KWK-Anlagen in Mehrfamilienhäusern.

Der Gebäudesektor verursacht 22 % der CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg. Fernwärme und KWK-Systeme sind zentrale Bausteine einer effizienten Wärmewende, vor allem in Städten. Baden-Württemberg kann durch den Umbau fossiler Kraftwerke auf Biomasse, Abwärme und Wasserstoff klimaneutral heizen bezahlbar und planbar machen.

Grüner Wasserstoff und Energieeffizienz

- Ausbau der Modellregionen „Grüner Wasserstoff BW“ und schnellere Skalierung erfolgreicher Pilotprojekte.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Wasserstoffproduktion und -speicherung.
- Förderung industrieller Nutzung von Wasserstoff, wo Elektrifizierung nicht praktikabel ist.
- Kampagne zur Energieeinsparung in Haushalten („1 Grad weniger – 6 % CO₂ sparen“).

Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für Industrie und Wärmeversorgung, aber noch zu teuer und knapp. Baden-Württemberg soll den Markthochlauf beschleunigen und regionale Energieunabhängigkeit stärken. Bewusstseinsbildung ergänzt Technologie, kleine Maßnahmen wie Energieeinsparung sind kurzfristig wirksam und volkswirtschaftlich sinnvoll.

Bildung und Bewusstseinsförderung

- Einführung eines Schulmoduls „Klimawissen & Energiekompetenz“ ab der Sekundarstufe I.
- Öffentliche Informationskampagnen zu Klimaschutz, Ressourcennutzung und regionaler Energieproduktion.
- Förderung von Bürgersolarprojekten und lokaler Energiegenossenschaften.

Nachhaltigkeit beginnt im Kopf. Nur wer versteht, wie Energie, Rohstoffe und Umwelt zusammenhängen, kann verantwortungsvoll handeln. Wir setzen auf Aufklärung statt Zwang, auf Wissen statt Verbote – für einen informierten, eigenverantwortlichen Klimaschutz.

Digitales und Digitalisierung

Kurzfassung

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern Werkzeug für Freiheit, Effizienz und Fortschritt. Wir wollen eine bürgerliche, sichere und nachhaltige digitale Verwaltung, ein modernes Handwerk, flächendeckendes Highspeed-Internet und digitale Kompetenzen für alle Generationen. Baden-Württemberg soll vom digitalen Nachzügler zum europäischen Vorreiter werden – mit Estland als Vorbild und Pragmatismus als Prinzip.

Digitale Verwaltung und Bürgernähe

- Verpflichtende Digitalisierung aller Landes- und Kommunalverwaltungen bis 2030 („Digital by Default“).
- Ausbau und Vereinheitlichung der Plattform service-bw.de mit Online-Ausfüllhilfe, Identitätsnachweis und Rückmeldungssystem.
- Einführung eines Landesdigitalministeriums zur Bündelung der Zuständigkeiten.
- Jede Behörde bekommt die Vorschrift, ihren Papierverbrauch um 5 % pro Jahr zu senken, verbindliche Umstellung auf digitale Ablagen, elektronische Signaturen, Abschaffung des Fax.
- Einführung einer Landes-BürgerApp, über die Anträge, Termine und Mitbestimmung digital möglich sind.

Digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Nerven – für Bürger, Unternehmen und Behörden. Papierakten, doppelte Anträge und Wartezeiten müssen der Vergangenheit angehören. Eine zentrale Koordination und nutzerfreundliche Prozesse sind Voraussetzung, um Vertrauen und Akzeptanz zu schaffen.

Papierlose Verwaltung & Nachhaltigkeit

- Vollständige Umstellung auf papierlose Prozesse bis 2030.
- Verbindliche Nachhaltigkeitsziele für jede Behörde.
- Schulungsprogramme für Mitarbeiter zur digitalen Aktenführung.
- Einsatz der X-Road-Technologie (Estland) für sichere, dezentrale Datenverwaltung.

Eine papierlose Verwaltung reduziert Ressourcenverbrauch, Kosten und CO₂-Ausstoß.

Estland zeigt, dass Sicherheit, Datenschutz und Effizienz kein Widerspruch sind.

Baden-Württemberg soll das erste Bundesland werden, das Verwaltung und Nachhaltigkeit konsequent digital verbindet.

Elektronische Zahlungsoptionen

- Pflicht für alle öffentlichen Stellen, elektronische Zahlung (Karte, Smartphone, Online) anzubieten.
- Förderung der elektronischen Zahlung auch in ländlichen Regionen.
- Gleichzeitige Garantie: Bargeld bleibt erhalten.
- Entwicklung interoperabler Standards zur Integration in kommunale Systeme.

Bezahlen muss so einfach sein wie Einkaufen online – auch im Rathaus. Elektronische Zahlungen schaffen Effizienz, Transparenz und Sicherheit. Gleichzeitig bleibt Barzahlung als Grundrecht und Datenschutzinstrument erhalten.

Förderprogramme für Handwerk & Mittelstand

- Wir befürworten die Zusammenführung aller Förderprogramme in einer digitalen Plattform „Handwerk-Digital BW“,
- die Förderung von Digitalisierungsprojekten (Software, Prozessoptimierung, KI-Nutzung),
- vereinfachte Antragsverfahren, digitale Nachweise, unbürokratische Bearbeitung,
- eine Ausweitung der Förderung auch auf Landwirtschaft und Kleinstbetriebe.

Wir sehen, dass kleine Betriebe und Handwerker oft nicht die Zeit haben, sich in digitale Prozesse einzuarbeiten. Sie sind wichtige Säulen der Wirtschaft und benötigen hierbei besondere Unterstützung.

Zugang zu digitaler Infrastruktur und Tools

- Flächendeckender Glasfaserausbau und 5G bis 2030, Fokus auf ländliche Regionen.
- Internetgeschwindigkeit als Bestandteil der Daseinsvorsorge gesetzlich festschreiben.
- Offene, interoperable Plattformen nach Open-Source-Prinzip.
- Förderprogramme für digitale Bildung und Weiterbildung in allen Altersgruppen.
- Ausbau digitaler Tools für Nachhaltigkeit (z. B. Abfall-, Wasser- oder Energiedatenplattformen).

Digitale Teilhabe ist Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Kein Bürger darf offline von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Open Source garantiert Transparenz, Sicherheit und Innovationskraft.

Künstliche Intelligenz (KI) und Zukunftskompetenzen

- KI-Bildungsoffensive: Pflichtmodul KI in Schulen und Berufsschulen, praxisnahe Fortbildung für Arbeitnehmer.
- Aufbau regionaler KI-Labore in Städten und Landkreisen zur praktischen Nutzung.
- Förderung von KMU und Start-ups bei der Implementierung von KI-Anwendungen.
- Entwicklung landesspezifischer Leitfäden zu Datenschutz, Ethik und Einsatz von KI.
- Landesweites Monitoring der KI-Kompetenzentwicklung.

KI ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Wer sie versteht, gestaltet die Zukunft – wer sie ignoriert, nicht. Baden-Württemberg muss zu einem Kompetenzstandort für verantwortungsvolle KI werden, in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

Cybersicherheit und Datenschutz

- Aufbau eines Landes-CERT (Computer Emergency Response Team) für Verwaltung und KMU.
- Einführung verpflichtender Sicherheitsstandards und Schulungen.
- Förderung von Sicherheits-Start-ups und IT-Dienstleistern in BW.
- Datensouveränität für Bürger: Bürger entscheiden, welche Daten sie freigeben. Transparent, Digital, Kontrollierbar.

Digitalisierung braucht Vertrauen. Sichere Systeme, Datenschutz und Transparenz sind der Kern digitaler Freiheit. Wir setzen auf offene Standards statt Überwachung, auf Kompetenz statt Kontrolle.

Digitale Mitbestimmung und Transparenz

- Integration digitaler Beteiligung in kommunale Entscheidungsprozesse (Meinungsbilder, Bürgerräte, Abstimmungen).
- Verpflichtende Rückmeldung an Teilnehmer: „Was wurde aus meinem Beitrag?“
- Nutzung der landeseigenen Plattform beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de, aber mit offener Schnittstelle zu kommunalen Tools.

Digitale Demokratie schafft Nähe zwischen Bürgern und Politik. Beteiligung darf kein PR-Tool sein, sondern muss Wirkung entfalten. Transparente, digitale Prozesse fördern Vertrauen in Staat und Verwaltung.

Flächendeckender Mobilfunk (5G)

- 5G-Versorgung für 100 % der Landesfläche bis 2030.
- Kooperation mit Netzbetreibern, Landesbeteiligungen zur Schließung von Funklöchern.
- Priorisierung entlang von Verkehrsachsen, Gewerbegebieten und Bildungsstandorten.

Funklöcher sind Standortnachteile. 5G ist Voraussetzung für Smart Cities, autonome Mobilität und digitale Wirtschaft. Baden-Württemberg muss von der weißen Karte zum vernetzten Land werden.

Digitale Bildung und Weiterbildung

- Ausstattung aller Schulen mit WLAN, Endgeräten und Lernplattformen (z. B. Moodle, Open Source).
- Einheitliche IT-Dokumentation für Hardware, Software und Nutzungskonzepte.
- Kooperation zwischen Land, IHK und Handwerkskammern zur beruflichen Weiterbildung.

Digitale Bildung befähigt – sie ersetzt kein Lernen, sondern erweitert es. Kinder und Erwachsene sollen Technik verstehen, nicht ihr ausgeliefert sein. Das ist der Kern einer aufgeklärten, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Infrastruktur, Verkehr und Regionalentwicklung

Kurzfassung

Baden-Württemberg braucht eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Infrastruktur. Wir setzen auf Sanieren statt Bauen, digitale und soziale Mobilität und faire Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land. Wir wollen moderne Verkehrswege, starken ÖPNV, gute Ladeinfrastruktur, lebendige Dörfer und handlungsfähige Kommunen. Fortschritt bedeutet: Mobilität für alle, ohne Umweltzerstörung, ohne Bürokratie.

Mobilität der Zukunft: Vernetzt, digital und sozial

Park+Ride-Bonus-Ticket

- Einführung eines digitalen „Park+Ride-Bonus-Tickets“, das günstige ÖPNV-Nutzung bei Nutzung eines P+R-Platzes ermöglicht.

- Nachweis über App (Geofencing, QR-Code, NFC).
- Pilotprojekte in Ballungsräumen (z. B. Stuttgart, Reutlingen, Bodenseeraum).

Wer umsteigt, soll belohnt werden. Ein digitales P+R-Bonusticket reduziert Stadtverkehr, spart CO₂ und vereinfacht den Alltag. Smartphone und Mobilität gehören zusammen – Papierzettel und Parkmünzen sind Vergangenheit.

Vergünstigte Personenbeförderung in schlecht angebundenen Regionen

- Einrichtung eines Landesfördertopfs „Mobilität in der Fläche“: Zuschüsse für Rufbusse, Sammeltaxis und Mitfahr-Apps.
- Evaluation bestehender Projekte (z. B. ioki, flinc, Reallabor Schorndorf).
- Gespräche mit Landkreisen über flexible Nacht- und Wochenendarife.
- Prüfung einer kontrollierten Integration von Plattformdiensten (z. B. Uber) unter klaren Sozial- und Datenschutzregeln.

Mobilität darf kein Luxus sein. Auch wer auf dem Land lebt, braucht abends eine sichere und bezahlbare Verbindung. Digitale Plattformen und kommunale Förderung schaffen flexible Alternativen – sozial, digital, effizient.

Freie ÖPNV-Tickets für Armutsbetroffene

- Einführung eines landesweiten „BürgerMobil-Passes“.
- Kostenloser ÖPNV für Bürgergeld-, Wohngeld- oder Grundsicherungsbeziehende.
- Automatische Ausstellung über Sozialbehörden, keine komplizierten Anträge.
- Finanzierung über einen Landesmobilitätsfonds, der bestehende Sozialtarife ergänzt.

Mobilität ist Teilhabe. Wer kein Geld für Tickets hat, bleibt ausgeschlossen von Bildung, Arbeit und Gesellschaft. Der BürgerMobil-Pass gibt Bewegungsfreiheit zurück und bekämpft soziale Isolation nachhaltig.

Sanieren statt Bauen: Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur

- Wir befürworten ein politisches Moratorium für Autobahnneubauten in Baden-Württemberg,
- einen Fokus auf Sanierung maroder Brücken, Straßen und Bahnanschlüsse,
- ein Landes-Sonderprogramm „Erhalt vor Neubau“ für Straßen und Brücken,
- den konsequenten Ausbau des Schienennetzes, z.B.
 - Ausbau der Rheintalbahn,
 - Maßnahmen im Korridor Mannheim–Heidelberg,
 - Modernisierung der Stellwerkstechnik,
 - Reaktivierung von Strecken für den ländlichen Raum,
- die Reduzierung des Flugverkehrs auf Kurzstrecken,
- den Ausbau von Radwegen,
- eine Initiative im Bundesrat, um Prioritäten in der Verkehrsplanung zu ändern (Sanierung vor Neubau),
- die Förderung von Güterverkehr auf der Schiene und
- den Ausbau von Buskorridoren.

Wir brauchen neue smarte Verkehrsideen, möglichst keine neuen Autobahnen. Sanierung schont die Umwelt und erhält Mobilität.

E-Mobilität fördern – günstig, fair, überall

- Gespräche mit EnBW über einen einheitlichen „Tarif BW“: vergünstigte Ladepreise für alle Nutzer im Land.
- Ausbau kostenloser oder günstiger Ladesäulen an öffentlichen Gebäuden (z. B. Rathäuser, Schulen).
- Förderung von Ladeinfrastruktur in ländlichen Regionen und Wohnquartieren.
- Rechtliche Rahmenbedingungen für Sperrzeiten, Nachttarife und Datenschutz entwickeln.

Elektromobilität kann nur funktionieren, wenn sie einfach und bezahlbar ist. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit Laden selbstverständlich wird. Im Dorf wie in der Stadt. Wir wollen eine alltagstaugliche, nicht elitäre E-Mobilität.

Zukunftsinvestitionen

Status quo

Baden-Württemberg ist ein exportstarkes und industriell geprägtes Land. Straßen, Schienen und Wasserwege bilden die Lebensadern der Wirtschaft – doch viele Abschnitte sind sanierungsbedürftig, überlastet oder unzureichend ausgebaut.

Güterverkehr staut sich auf Autobahnen, während Schiene und Binnenhäfen ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Fehlende Investitionen, komplizierte Planungsverfahren und uneinheitliche Zuständigkeiten bremsen die Modernisierung. Zudem erfordert die ökologische Transformation eine intelligent vernetzte Infrastruktur, die Effizienz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit vereint.

- Ausbau und Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen für effizienteren Gütertransport.
- Priorisierung von Infrastrukturprojekten mit hohem wirtschaftlichem und ökologischen Nutzen – kein Bau aus Prestigegründen.
- Förderung multimodaler Logistikzentren, in denen Schiene, Straße und Wasserwege effizient verknüpft werden.
- Digitale Verkehrssteuerung (Smart Mobility, Echtzeitdaten, KI-gestützte Logistikplanung) zur Entlastung von Engpässen.
- Schnellere Genehmigungsverfahren durch Standardisierung und digitale Beteiligungsprozesse.
- Zielgerichtete Zukunftsinvestitionen in klimaneutrale Transporttechnologien (z. B. Wasserstoffzüge, E-Lkw-Infrastruktur).

Eine funktionierende Wirtschaft braucht funktionierende Infrastruktur. Investitionen in Verkehr und Logistik sichern Arbeitsplätze, reduzieren CO₂ und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit. Statt in immer neue Straßen zu investieren, muss das Land bestehende Netze modernisieren und intelligent verknüpfen. Moderne Infrastrukturpolitik heißt: effizient, digital, nachhaltig – das ist wirtschaftlicher Fortschritt mit Vernunft. So bleibt Baden-Württemberg ein starker Wirtschaftsstandort und wird zugleich ein Vorbild für grüne Industriepolitik im 21. Jahrhundert.

Stadt und Land auf Augenhöhe

- Verdopplung des kommunalen Haushaltstopfes – Kommunen müssen handlungsfähig bleiben.
- Förderung regionaler Zusammenschlüsse kleiner Gemeinden („digitale Nachbarschaftsnetze“).

- Preisgeld-Programm für Flächenentsiegelung: Wer entsiegelt, wird belohnt.
- Gesetzlicher Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor weiterer Zersiedelung.
- Förderung regionaler Traditionen, Kultur, Dialekte und Tourismus im ländlichen Raum.
- Unterstützung lokaler Initiativen und Heimatvereine.

Baden-Württemberg lebt von seinen Regionen – vom Schwarzwald bis zum Kraichgau. Doch Landkommunen stehen oft kurz vor der Pleite, während Großstädte wachsen. Wir unterstützen ein faires Gleichgewicht: starke Kommunen, nachhaltige Landwirtschaft, lebendige Dörfer und echte Bürgernähe.

Kommunale Verantwortung und Bürgernähe

- Kommunale Beteiligung bei Infrastrukturentscheidungen verbindlich machen.
- Ausbau des Austausches zwischen Land und Gemeinden.
- Abbau unnötiger Landesvorgaben, um kommunale Eigeninitiative zu stärken.

Landwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft

- Wir engagieren uns für die Förderung regionaler Landwirtschaft und Direktvermarktung (z. B. „Regionalzertifikat BW“),
- für eine Videoüberwachung im Sinne des Tierschutzes,
- für eine Antibiotika-Gabe nur für erkrankte Tiere,
- dafür, dass ein größerer Teil des landeseigenen Waldes sich natürlich entwickeln kann,
- die Begrenzung der Wolfspopulation.
- Unterstützung nachhaltiger Tourismusprojekte und regionaler Märkte.
- Programme zur Wiederbelebung leerstehender Dorfzentren.
- Integration von Landwirtschaft in Klimaschutz- und Kreislaufwirtschaftsstrategien.

Landwirtschaft ist mehr als Produktion. Sie ist Kultur, Landschaftspflege und Identität.

Um Tierschutz nachhaltig zu stärken und Missbrauch einfacher aufzudecken und auch nachweisen zu können, sprechen wir uns für Videoüberwachung, insbesondere in Großbetrieben der Fleischindustrie aus. Allerdings sollte sie nur als Ergänzung zu bestehenden Kontrollen betrachtet werden.

Eine drastische Reduzierung des prophylaktischen Einsatzes von Antibiotika, insbesondere in der Massentierhaltung, ist zur Bekämpfung fortschreitender Resistenzen und der daraus resultierenden Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier unerlässlich.

Wir sehen uns in der Pflicht, die Umwelt zu schützen, wozu auch die Erhaltung der Biodiversität durch naturbelassene Wälder zählt. Wälder sollten nicht nur als Rohstofflieferant, sondern auch als schützenswertes Ökosystem gesehen werden.

Die Population der hier heimischen Wölfe muss überwacht werden.

Regionaler Tourismus und nachhaltige Betriebe schaffen Arbeitsplätze und erhalten Lebensqualität.

Europäische Union und europäische Zusammenarbeit

Status quo

Baden-Württemberg ist eng mit Europa verbunden – wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Über 400 Städte und Gemeinden im Land pflegen Partnerschaften mit europäischen Kommunen – von Frankreich bis Polen, von Finnland bis Spanien. Diese Beziehungen leben vom Engagement Einzelner und sind oft dezentral organisiert. Zwar existieren zahlreiche EU-Förderprogramme, doch eine koordinierte landesweite Unterstützung oder strategische Ausrichtung fehlt bislang. Dadurch entstehen große Unterschiede in der Intensität und Wirkung der Kooperationen.

- Landesweites Förderprogramm „Europa vor Ort“:
Förderung kommunaler Projekte mit europäischen Partnerstädten und -gemeinden, insbesondere in Bildung, Kultur, Umwelt und Wirtschaft.
- Koordinierungsstelle beim Land Baden-Württemberg, die Kommunen bei Antragstellung, Förderung und Projektmanagement unterstützt.
- Digitale Netzwerkplattform, auf der Partnerkommunen Erfahrungen austauschen, Projekte vorstellen und neue Kooperationen anbahnen können.
- Förderung europäischer Austauschprogramme zwischen Schulen, Vereinen, Unternehmen und Verwaltungen.
- Öffentlichkeitskampagne „Europa lebt in Baden-Württemberg“, um Erfolge der europäischen Zusammenarbeit sichtbar zu machen.
- Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Schulen und Vereinen, um Europa greifbar zu machen – vor Ort, nicht nur in Brüssel.

Europa ist keine ferne Institution, sondern Teil des Alltags in Baden-Württemberg. Unsere Kommunen, Schulen und Betriebe profitieren jeden Tag von europäischer Zusammenarbeit – doch das wird zu selten wahrgenommen. Mit „Europa vor Ort“ stärken wir die europäischen Werte, fördern den Austausch zwischen Menschen und schaffen praktische Vorteile: gemeinsame Bildungsprojekte, Klimaschutzinitiativen, Wirtschaftspartnerschaften und kulturelle Begegnungen. So wird Europa wieder das, was es sein soll – ein Raum des Fortschritts, der Zusammenarbeit und der Bürgernähe.

Schlusswort

Das hier vorliegende Landtagswahlprogramm dient als Ausgangslage für weitere Arbeiten des Landesparteiparlaments und der Ausschüsse der PdF. Auf dieser Grundlage werden diese Organe in Zukunft weitere Beschlüsse fassen, die den künftigen Kurs der Partei bestimmen. Die weitere Richtungsfindung liegt nun in der Verantwortung der basisdemokratischen Organe unserer Partei und der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

Fortschritt für Alle